



NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND



„Respekt: der Schlüssel zum Miteinander in der Gesellschaft!“

Moin!

AUSSPRACHE ZUM BUNDESHAUSHALT

Zwei Reden in zwei Generaldebatten

Die Aussprache zum Etat des Bundeskanzleramtes ist jedes Jahr aufs Neue der Moment der politischen Generaldebatte. In einem intensiven Schlagabtausch geht es dann weniger direkt um das Kanzlerinnen-Budget, sondern um die grundsätzlichen politischen Linien. Die Debatte gilt als der Höhepunkt der viertägigen Haushaltsberatungen. Dort zu reden, ist besondere Herausforderung und Zeichen der Anerkennung der Fraktion zugleich. Eine erste Aussprache erfolgt zu Beginn der Beratungen im September und eine Abschlussdebatte – DIE Debatte – Ende November.

In diesem Jahr habe ich in beiden Aussprachen für die SPD Position bezogen. In meinen insgesamt 20 Minuten Redezeit habe

ich in der ersten Rede dargelegt, wie mein Opa, ein einfacher Bahnarbeiter, mich für Politik begeistert hat. Und dass Solidarität, Toleranz und Weltoffenheit der Gegenentwurf zu Nationalismus und Rechtspopulismus sind.

In der Generalausprache im November habe ich dann meine Vorstellungen zu unserer Gesellschaft in den Mittelpunkt gestellt. Es ging um Respekt. Ob gleicher Lohn für gleiche Arbeit, auskömmliche Rente, bezahlbare Wohnungen in den Städten, leistungsfähige und starke Kommunen... Das alles zählt zu meiner Vorstellung eines respektvollen Miteinanders. Sich dafür stark zu machen ist es, was unsere SPD auszeichnet. Das habe ich im Plenum noch einmal klargemacht.

Die großen Themen, die der Bundestag berät oder verabschiedet, schaffen es meistens auf die Titelseiten der Zeitungen oder in die Tagesschau. Aber es gibt viele Entscheidungen und Initiativen, die uns unmittelbar betreffen, die aber oft ein Schattendasein fristen. Zeit, auch darüber mal zu berichten.

Allein in der vorletzten Sitzungswoche dieses Jahres...

... ist die Sportanlagenlärmschutzverordnung verabschiedet worden, die Rechtssicherheit für die Vereine schafft, gegen die in der Vergangenheit häufig wegen Lärm geklagt wurde.

... haben wir die Entbürokratisierung bei den Leistungen für Contergangeschädigte in einer öffentlichen Anhörung vorangebracht.

... sind härtere Strafen für illegale Autorennen diskutiert worden.

An diesen Beispielen kann man gut erkennen, dass viel mehr beschlossen und diskutiert wird als die „großen“, aber nicht minder wichtigen Themen. Auch das ist Teil meiner Arbeit hier in Berlin.

Ever 10's

BESUCH IN ALEXANDERSFELD

Probleme in der „englischen Siedlung“ abstellen

Die „englische Siedlung“ in Oldenburg-Alexandersfeld fällt auf: Die roten Ziegel-Reihenhäuser könnten äußerlich eher in Großbritannien als in Deutschland stehen. Kein Wunder, denn das Quartier entstand in der Nachkriegszeit als Wohngebiet für die britischen Streitkräfte. Mittlerweile gehören die Häuser der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA). An die Stelle britischer Soldatenfamilien sind längst andere Mieter getreten.

Doch es gibt Probleme vor Ort: Die von der BlmA beauftragte Hausverwaltungsfirma will wohl Mängel an der Bausubstanz – von Schimmel bis hin zu morschen Zäunen, abblätternder Farbe und Rissen im Mauerwerk – nicht einsehen, verschleppt Reparaturen und ist bei Beschwerden kaum zu erreichen. Um mir selbst ein Bild der Lage zu verschaffen, habe ich im November die Interessengemeinschaft Englische Siedlung Alex-

andersfeld vor Ort besucht und mich mit den ehrenamtlich engagierten Mieterinnen und Mietern darüber unterhalten, wie man die Probleme lösen kann.

Für mich ist es völlig inakzeptabel, dass die BlmA als Bundesanstalt im vollständigen Eigentum der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht mit gutem Beispiel vorangeht, sondern sich hinter einer Hausverwaltung verschanzt und Probleme auszusetzen versucht. Deswegen setze ich mich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion auch weiterhin für eine Reform der BlmA ein. Sie soll dabei mithelfen, anständigen und bezahlbaren Wohnraum zu erhalten, statt durch ein ausschließli-

ches Schielen auf maximale Rendite Preissteigerungen, Verdrängung und anderen Problemen auf dem Wohnungsmarkt auch noch Vorschub zu leisten.

Vor Ort bleibe ich mit den Mieterinnen und Mietern der „englischen Siedlung“ in Kontakt – und stehe der BlmA auf den Füßen, um zügig eine Verbesserung der Lage zu erreichen.



NEUE AUFGABE IM BUNDESPRÄSIDIUM DER ARBEITERWOHLFAHRT

Wahl auf der AWO-Bundeskonzferenz in Wolfsburg

Am letzten Wochenende im November habe ich an der Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt (AWO) teilgenommen, die dieses Jahr unter dem Motto „Solidarität für alle“ in Wolfsburg stattgefunden hat. Dort bin ich als Beisitzer ins Bundespräsidium gewählt worden. Ich freue mich sehr über das Vertrauen!

Auf der Konferenz haben etwa 700 Delegierte und Gäste sich ausgetauscht und die Forderungen der AWO für die politische Ausrichtung unserer Gesellschaft formuliert. Ziel der AWO ist seit jeher, dass alle Menschen gleichberechtigt am Miteinander teilhaben können - egal, ob gesund oder krank, ob mit großem

oder kleinem Einkommen.

Ich engagiere mich bereits seit Jahren in der AWO, darunter auch im Gesamtvorstand des AWO-Bezirks Weser-Ems. Aus dem Versorgungsangebot in unserer Region ist die AWO nicht wegzudenken: Sie betreibt unter anderem zahlreiche Kindertagesstätten, Seniorenwohnanlagen wie z.B. in Rastede, sowie Wohn- und Rehabilitationsprojekte für Menschen mit Sucht- und seelischen Erkrankungen (Trialog). Ich freue mich, im Bundespräsidium nun auch für die richtigen Rahmenbedingungen sorgen zu können.





12. November - Sammlung der Kriegsgräberfürsorge in der Oldenburger Innenstadt zusammen mit VertreterInnen der örtlichen Politik.



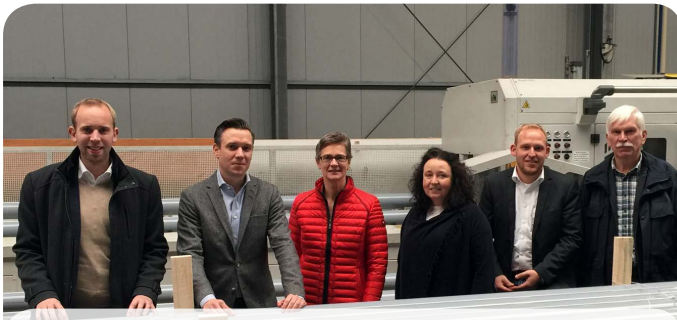
15. November - Beim Spatenstich für die Wendestelle am Oldenburger Hafen - endlich beginnen die Bauarbeiten!



17. November - Besuch des Hofes Cording in Garnholt und Diskussion mit den Junglandwirten aus dem Ammerland.



18. November - Rundgang über den Lamberti-Markt Oldenburg mit Michael Hempen vom Deutschen Schaustellerbund.



18. November - Besuch der Firma KURO Kunststoffe in Edewecht mit Bürgermeisterin Petra Lausch und der SPD-Ratsfraktion.



23. November - Zusammen mit meinem Kollegen Peter Meiwald (Grüne) habe ich an der Aktion „Becherheld“ der Deutschen Umwelthilfe teilgenommen.





TEILHABE SCHAFFEN

Diskussionsveranstaltung im „Café Herz“ in Oldenburg

Bei einer Diskussionsveranstaltung habe ich mich mit Sachverständigen und dem Publikum zum Bundesteilhabegesetz ausgetauscht. Das Gesetz soll Menschen mit Behinderungen mehr Selbstbestimmung und mehr Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Mit mir diskutierten die Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Kerstin Tack MdB (SPD), die Geschäftsführerin des AWO-Bezirksverbandes Weser-Ems, Hanna Naber, sowie Martin Podszus, Behindertenbeauftragter der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg.

Dass über das, was nun am Ende im Gesetz steht, leidenschaftlich diskutiert

und auch gestritten wird, begrüße ich. Wir wollen, dass in unserer Gesellschaft alle in Würde leben und in der Arbeitswelt gleichberechtigt mitmachen können – egal ob mit oder ohne Behinderung. Deswegen freue ich mich auch, dass sich viele eingebracht haben, die sich in Werkstätten, in Beiräten oder Selbsthilfegruppen engagieren. Das brauchen wir, damit das Bundesteilhabegesetz den hohen Ansprüchen gerecht wird.



BREITBANDBAU

Stadt Oldenburg erhält Gelder vom Bundesverkehrsministerium

Für eine Bestandsaufnahme eventueller „weißer Flecken“ in der Breitbandversorgung erhält die Stadt Oldenburg Gelder aus Berlin. Einen Förderbescheid des Bundes über die Summe von 50.000 Euro habe ich im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) in der Berliner Invalidenstraße entgegengenommen.

Aus meinen Gesprächen weiß ich, wie wichtig eine verlässliche, leistungsstarke Breitband-Infrastruktur für die Region ist. Nicht nur Privatpersonen, sondern auch ehrenamtlich Engagierte, Sportvereine oder Unternehmen brauchen schnelles Internet, um ihrer Arbeit nachge-

hen zu können. Der Breitbandausbau ist somit auch eine Zukunftsfrage für den Zusammenhalt und die Wirtschaftskraft unserer Region. Deswegen freue ich mich, dass die Stadt mit den Geldern im Rahmen einer Markterkundung feststellen kann, ob und wo noch Handlungsbedarf besteht. Umsetzungskosten könnten gegebenenfalls separat gefördert werden.



JUGENDMEDIENTRASHOP



Jetzt bewerben: Workshop für junge Medienmacherinnen und Medienmacher im Deutschen Bundestag

Eine Woche lang hinter die Kulissen des parlamentarischen und medialen Geschehens in der Hauptstadt blicken: Das bietet der Jugendmedienworkshop des Deutschen Bundestages, der vom **5.-11. März 2017** zum vierzehnten Mal stattfindet.

Anlässlich des 500-jährigen Jubiläums von Martin Luthers 95 Thesen lautet der Titel der Veranstaltung: „Glaubensfragen? – Religion und Gesellschaft heute“.

Weitere Infos zum Programm und zur Bewerbung sind auf www.jugendpresse.de/bundestag zu finden. **Bewerbungsschluss ist der 08. Januar 2017.**

DIREKT GEWÄHLT - DIREKT ANSPRECHBAR!

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 - 227 72 800
Fax: 030 - 227 76 800

eMail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23
26135 Oldenburg

Telefon: 0441 - 99 86 76 01
Fax: 0441 - 99 86 76 05

eMail: wahlkreis@dennis-rohde.de

www.dennis-rohde.de
facebook.com/dennis.rohde
twitter.com/dennisrohde